

1 **Fusion der SPD-Unterbezirke Göttingen und Osterode am Harz**

2
3 Antragsteller: geschäftsführender Unterbezirksvorstand Göttingen
4 Adressat: Parteivorstand, Bezirksvorstand Hannover,
5 Bezirksvorstand Braunschweig

6 **Der a.o. UB-Parteitag möge beschließen:**

- 7
8 1. Der Unterbezirksparteitag des SPD-Unterbezirks Göttingen spricht sich für die Fusion
9 der Unterbezirke Göttingen und Osterode am Harz aus.
10 2. Der neue, durch die Fusion entstehende Unterbezirk soll dem SPD-Bezirk Hannover
11 angehören.
12 3. Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, eine entsprechende Neuabgrenzung
13 vorzunehmen.
14 4. Die SPD-Bezirke Hannover und Braunschweig werden aufgefordert, dem
15 ausdrücklichen Wunsch der Unterbezirke Göttingen und Osterode am Harz Rechnung
16 zu tragen und den Fusionsprozess und die Neuabgrenzung vollumfänglich zu
17 unterstützen.

18 **Begründung:**

19 Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz hat am 26. August 2013 die Fusion des
20 Landkreises mit dem Landkreis Göttingen durch Zustimmung zu einem
21 Gebietsänderungsvertrag beschlossen. Wenige Tage später, am 28. August 2013, stimmte
22 auch der Göttinger Kreistag einer solchen Fusion zu.
23

24 Der Niedersächsische Landtag wird in Kürze der Gebietsänderung ebenfalls zustimmen, da die
25 zuständigen Landtagsausschüsse die Fusion bereits einstimmig gebilligt haben. Die Fusion der
26 Landkreise kann somit zum 01.11.2016 umgesetzt werden.

27 Die Landkreise Göttingen und Osterode am Harz haben aus überzeugenden wirtschaftlichen
28 und politischen Gründen entschieden, in Zukunft einen gemeinsamen Landkreis bilden zu
29 wollen. Das bedeutet, dass die politischen Leitlinien für die Verwaltung des neuen Landkreises
30 ab dem 01.11.2016 von einem einzigen Kreistag formuliert werden. Es gibt dann nach der
31 Kommunalwahl 2016 auch nur noch eine SPD-Kreistagsfraktion.

32 Damit die SPD ihrer Aufgabe der politischen Meinungsbildung nachkommen und auch
33 zukünftig ihre wirkungsvolle Gestaltungsmacht als Mehrheitsführerin ausüben kann, ist es
34 zwingend erforderlich, dass auch die hinter der Fraktion stehende Partei mit einer Stimme
35 spricht. Eine politische Arbeit im Landkreis, die durch zwei Unterbezirke, zwei Parteitage und
36 zwei Vorstände bestimmt wird, ist ohne jeden Zweifel politisch untragbar. Die Partei muss
37 Meinungsbildungsprozesse zu regionalen Themen in hierzu passenden Gremien organisieren,
38 hieraus resultierend einheitliche Themen und Leitlinien vorgeben und nicht zuletzt muss die
39 Findung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag aus einem Guss erfolgen.

40 Gem. § 8 Abs. 2 des Organisationsstatuts der SPD werden Unterbezirke (ebenso wie andere
41 Gliederungen der SPD) nach „politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit“ abgegrenzt.
42 Vor diesem Hintergrund ist eine Neuabgrenzung in Form einer Fusion dann zulässig und
43 anzustreben, wenn politische und/oder wirtschaftliche Faktoren dies als sinnvoll erscheinen
44 lassen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich die Grenzen der politischen Geographie
45 (z.B. Gemeindegrenzen) ändern, damit die Grenzen der zugehörigen Gliederung mit den
46 Grenzen der politischen Geographie übereinstimmen.